

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 10
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Die Arbeitgeberverbände beim Dummmachen

F. K. Die Meinungsverschiedenheit über den Wert des Achtstundentages ist im großen ganzen zu seinen Gunsten entschieden. Es gibt heute kaum noch einen Mann, der einen Ruf zu verlieren hat, der sich gegen die große Errungenschaft wendet. Und was von Einzelpersonen, gilt auch von ganzen Völkern, Regierungen und Wirtschaftskreisen. Diese Wahrheit wird durch eine steigende Zahl von Tatsachen erhärtet. Sie alle aufzuzählen, ist schier unmöglich. Möge es genügen, an die letzte Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf zu erinnern. Dort produzierten sich nur noch zwei Leute als umgekehrte Fortschrittler, und zwar der Wortführer der deutschen Arbeitgeber und sein amtlicher Sekundant. Diese beiden Verfechter des sozialpolitischen Chinesentums blieben allein auf der Anklagebank des Welttribunals. Von den Überordnungen der anderen Länder fand sich kein Arbeitervertreter, kein Regierungsvertreter, ja auch kein Unternehmervertreter, der die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Achtstundentages noch zu bestreiten gewagt hätte. Daß die englische wie die französische Regierung bei nächster Gelegenheit die Anerkennung des Washingtoner Abkommens vollziehen werden, ist hinlänglich bekannt, obwohl bei ihnen der Achtstundentag längst ziemlich allgemein eingehalten wird. Die Schweiz hat sich vor einiger Zeit in einer Urabstimmung mit erheblicher Mehrheit für die Beibehaltung des Achtstundentages erklärt. Die amerikanische Stahlindustrie ist von der Zweijahrestätigkeit zur Dreijahrestätigkeit übergegangen. Daß in den Vereinigten Staaten in den organisierten Gewerben der Achtstundentag seit längerem fast ganz allgemein ist, bedarf hier keines Beweises.

Kurz, der Gedanke des Achtstundentages hat die Welt erobert. Wohl mag es hier und da noch Bedenken und Widerstände geben, aber diese nächsten kommen muß, kommen wird, daran mag heute kaum noch jemand zu zweifeln. Begreiflich, die Beweise für seine Nützlichkeit für Volkswohl, Arbeitergesundheit und Familienglück liegen berghoch gebäckt. Und für seine wirtschaftliche oder produktive Überlegenheit zeugt der prächtige Aufschwung einer reichen Zahl von Industriezweigen und Unternehmungen. Gerade die Gewerbe oder Betriebe, die wir heutigen als die erfolgreichsten kennen und deren Wettbewerbsfähigkeit durchschlagend ist — man denke nur an Ford —, verdanken ihr überaus geschäftliches Glück (neben der guten Bezahlung ihrer Leute) dem Achtstundentag. Und jeder Unternehmer, dessen Geschäftssinn nicht von reaktionärer Beschränktheit vernebelt ist, behandelt seine Arbeiter anständig, entlohnt sie auskömmlich und verkürzt die tägliche Arbeitszeit auf acht und noch weniger Stunden.

Diese Weltregel wird durch eine Ausnahme bestätigt, nämlich durch die deutschen Arbeitgeberverbände. Deren Vereinigung hat zu ihrer Schrift über die Lohnpolitik, die wir hier letzte Woche geziemend beleuchteten, eine über die Arbeitszeitfrage in Deutschland gefügt. Hierin findet sich so ziemlich alles gegen den Achtstundentag zusammengetragen und aufgepußt, was eine taujendfältige Erfahrung längst eingeargt hat. Die Schrift solle, so wird in allem Ernste versichert, „den Weg zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ebnen“. Deren Gesamtleistung sei „anerkanntermaßen auf 70 v. H. der Vorkriegszeit zurückgegangen“, die Volkseinnahme gegen 1914 um die Hälfte gesunken. Daran sei in der Hauptsache der „schematische Achtstundentag“ schuld, der einen Ausfall von 4 1/2 Milliarden Arbeitsstunden im Jahre verurteile. Noch mehr. Den Streiks und Ausperrungen von 1919 bis 1922 sei eine Einbuße von rund einer Milliarde Arbeitsstunden zuzuschreiben, und der Arbeiterurlaub, der durchschnittlich 4 Tage im Jahre betrage, verschlinge jährlich 40 Millionen Arbeitstage. Wenn das so weitergegangen wäre, hätte die deutsche Wirtschaft vollends zugrunde gehen müssen. Zum Glück sei es aber, nachdem die alte Arbeitszeitverordnung nicht mehr erneuert, den Unternehmern gelungen, die Hauptquelle des beängstigenden Niederganges, den Achtstundentag, in weitem Maße zu beseitigen und an seine Stelle die zehn- bis zwölfstündige Arbeitszeit zu setzen, wodurch sich gleich die produktive Leistung, wenn auch noch nicht überall beträchtlich erhöht habe. Dieses Fortschreiten zur völligen Gesundung werde leider erneut bedroht durch die Absicht der Gewerkschaften, über den Achtstundentag einen Volkseinstieg herbeizuführen.

Freilich, heißt es in der Schrift weiter, nicht bloß eine Arbeitszeitverlängerung sei unerlässlich, sondern auch der Wegfall des Zuschlages für Überstunden. Darauf könnten die Arbeiter schon deswegen verzichten, denn die Arbeitszeitverlängerung bedeutet bei der von den Arbeitgebern bewilligten Bezahlung der Mehrarbeitsstunden nach dem einfachen Stundenlohn an sich schon eine Erhöhung des Reallohnes“. Das Ausland wolle der deutschen Industrie auch noch diese Mehrbelastung — den Zuschlag für Überstunden — aufhaken, was ein Grund mehr für das deutsche Unternehmertum sei, von den Arbeitern ein Nachgeben in der Zuschlagsfrage zu verlangen. Nun weisen die Gewerkschaften darauf hin, daß die Lage des deutschen Arbeiters dann ja noch weiter unter die seiner Kollegen im Ausland sinkt. Ob der ausländische Arbeiter besser als der deutsche daran sei, sei noch nicht sicher; aber selbst wenn auch, die Last, die uns der Feindbund aufhale, ließe eine Besserstellung des deutschen Arbeiters nicht zu, sondern er müsse sich noch mehr begeben. Die Lage des deutschen Volkes verlange das. Um deswillen müsse der Achtstundentag usw. unbedingt aufgehoben werden.

Das ist etwa die Leitfange, woran sich der Federführer der deutschen Arbeitgeberverbände entlang windet. Wir haben versucht, den Sinn der Schrift so sachlich wie nur irgend möglich wiederzugeben. Nun wollen wir ihn etwas kritisch beleuchten.

Die Gewerkschaften haben nie bestritten, daß zur Besserung unseres Zustandes eine beträchtliche Erhöhung der Produktionsmenge geboten ist; aber ebenso nachdrücklich betonen sie, daß die Erhöhung nicht nur auf Kosten der Arbeiterarbeit geschehen darf, sondern auch die Unternehmer ihr ehrlich Teil dazu beitragen müssen. In der Schrift wird angeführt, eine interfraktionelle Vereinbarung fordere die Steigerung der Produktion 1. durch restlose Ausnutzung der technischen Fortschritte, 2. durch organisatorische Verbesserung unserer Wirtschaft und 3. durch emsige Arbeit jedes einzelnen, das heißt durch intensivere und durch längere Arbeitszeit, was dies mit dem Erfolg der Produktionssteigerung möglich ist. Wie man sieht, stehen in dieser Vereinbarung über die Produktionssteigerung die Aufgaben der Unternehmer an vorderster Stelle. Die Unternehmer weisen das entkräftet zurück, indem sie (auf Seite 19) erklären und es durch Fettdruck hervorheben, „daß mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden muß, die durch Arbeitszeitverlängerung und intensivere Arbeit offensichtlich mögliche Produktionssteigerung von der Vorerfüllung der beiden anderen Voraussetzungen abhängig zu machen“. Darob sollte sich niemand wundern, denn **deutschindustrieller Patriotismus ist eben Opferbringen der — andern.**

Unsere industriellen Patrioten sehen in dem „schematischen Achtstundentag“ die Hauptsache unseres wirtschaftlichen Tiefstandes. Demgegenüber war und ist alle Welt einschließlich vieler bürgerlicher Fachleute und kapitalistischer Zeitungen der Meinung, die Wirtschaftswelt sei verurteilt durch den im Kriege verübten Raubbau an Menschen, Förderanlagen und technischen Einrichtungen, durch Mangelhaftigkeit der Beförderung, Halbkostmangel, verschlechterte Güte der Vorfabrikate und durch die Wut der Unternehmer, die darin besteht, daß sie lieber die Preisschraube andrehen, als ihren technischen Apparat zu verbessern und ihr Geld in die Produktion zu stecken. Schließlich auch durch die Störungen der Arbeitsmöglichkeit durch Ausperrungen, Inflationsstieber und durch die Unsicherheit der außen- und innerpolitischen Lage. Diese Selbstverständlichkeiten indes wollen die Arbeitgeber nicht wahrhaben, sondern der „schematische Achtstundentag“ sei schuld.

Für die Beseitigung des „schematischen Achtstundentages“ führen die Arbeitgeber einen gewichtigen Grund an: Nachdem die Arbeitszeitverlängerung gelungen, sei die Leistung je Kopf des Arbeiters gewachsen. Das kann schon sein, nur wird es dem halbwegs Einsichtigen sehr kühn dünken, die Mehrleistung auf die Arbeitszeitverlängerung, die doch auf größere Ermüdung hinausläuft, zurückzuführen. Viel wahrscheinlicher ist es, daß die Mehrleistung der Einführung der festen Währung, die mit der Arbeitszeitverlängerung zeitlich zusammenfiel, zu verdanken ist. Denn mit der Rentenmarkt wurde der Arbeiter die nagende Sorge, die immerwährenden Störungen, die aufreibende Nervosität los, während andererseits die Unternehmer nun wieder ernstlich rechnen und sich um die Verbesserung der Produktion kümmern mußten. Es läßt sich somit die günstige Wandlung leicht mit etwas anderem, als mit dem Fortfall des „schematischen Achtstundentages“ erklären. Daß dieser übrigens nie bestanden hat, ist männiglich bekannt. Denn nirgends haben sich die Arbeiter auf das Schema von acht Stunden verstellt, sondern sich sehr, sehr oft (vielleicht gar zu oft) nicht daran gehalten. Indessen, so sehr die Arbeitgeber auch den „schematischen Achtstundentag“ hassen, so sehr lieben sie den „schematischen zehn- und zwölfstundentag“. Wo sie die Macht haben, führen sie diesen gleichmäßig für alle Gruppen, Berufe und Leute ein. Dies heißt nicht aus Liebe zu diesem Schema, natürlich auch nicht wegen seinem Vorteil für den eigenen Geldbeutel, sondern einzig und allein aus — Liebe zum Vaterland, lediglich um die Reparationslast abzurufen zu können. Nur diejerhalb soll die tägliche Arbeitszeit täglich um zwei, drei, vier Stunden verlängert werden müssen.

Betrachten wir doch einmal die Bewandnis dieses Beweggrundes etwas näher: Deutschland soll von 1929 ab jährlich 2500 Millionen Mark an die Sieger zahlen. Da nun — nach Rathenaus Darlegung, die sich die Schrift der Arbeitgeber zu eigen macht — eine Arbeitsstunde einer Wertschöpfung von 50 Z gleichkommt, so müssen zur Befriedigung der Sieger jährlich rund 5000 Millionen Arbeitsstunden mehr geleistet werden. Nach langjähriger Schätzung zählt das heutige Deutschland 33 Millionen Erwerbstätige. Somit müßte, um das Mehr von 5000 Millionen Stunden zu leisten, jeder Erwerbstätige rund 150 Stunden im Jahr oder eine halbe Stunde den Tag mehr schaffen. Die guten Arbeitgeber verlangen aber zwecks Abürdung der Reparation eine Mehrleistung von zwei, drei, sogar vier Stunden den Tag oder ein Mehr von allermindestens 19 800 Millionen Stunden im Jahr. Zu welchem Zwecke fordern die edlen Patrioten wohl von jedem einzelnen täglich 1 1/2, 2 1/2, 3 1/2 Stunden oder von den gesamten Erwerbstätigen 14 500 Millionen Stunden im Jahr mehr, als für die Reparationen überhaupt nötig ist? Warum heischen sie außer dieser großen und für die Erfüllungspolitik ganz überflüssigen Mehrleistung an Arbeitsstunden auch noch von den Arbeitern Verzicht auf Urlaub und Überstundenzuschlag, da ja schon der Achtstundentag vollkommen ausreicht, das dreifache unserer Reparationsverpflichtung zu erfüllen? Wer sagt die durch die

Arbeitszeitverlängerung geschaffenen Werte von 7500 bis 9000 Millionen Mark im Jahr ein?

Diese Fragen stellen, heißt sie beantworten: Die in der Vereinigung der Arbeitgeberverbände organisierten Unternehmer haben bislang die Leistung von Reparationen gehemmt, bekämpft, unterbunden, weil sie dabei ihr Geschäft machten. Siehe Inflation. Da jetzt die ungeheure Schädlichkeit der Unternehmerpolitik so allgemein erkannt und die Regelung der Reparationsfrage unerbittliches Gebot geworden ist, zeigen sich mit einem Male unsere Unternehmer aus lauter Liebe zum deutschen Volke außerst besorgt um die Befriedigung des „Feindbundes“. Aus dieser Sorge heraus schreiben sie sogar Schriften, machen darin Vorschläge, wie die Befriedigung glatt vor sich gehen kann und muß. Aus — blankem Patriotismus, versteht sich. Sie denken ganz und gar nicht daran, die Erfüllungspolitik so auszurufen, wie sie den Krieg und die Nichterfüllungspolitik, die Inflation ausnutzen. Sie fordern bloß Beseitigung des „schematischen Achtstundentages“, des Arbeiterurlaubs, der Mehrbezahlung der Überstunden. Sie wünschen nur 14 500 Millionen Überstunden mehr, als überhaupt zur Begleichung der Reparationsrechnung nötig ist. Sie benutzen die Regelung der Reparation zur Bemäntelung ihrer Profitgier. Sie verbreiten Schriften zur Düpierung der Dummen. Wenn ihnen der neueste Plan gelänge, sie hätten sich eine Beute gesichert, die hundertfach größer ist als die, welche ihnen der Krieg oder die Inflation brachte.

Für jeden Arbeiter und Angestellten kann es in Anbetracht der beispiellos unverschämten Brutalität der Unternehmer nur eins geben: **Alle Zeit, alle Kraft für die Wiederherstellung des Achtstundentages!** Für die Abürdung der Reparation ist im Grunde keinerlei Verlängerung der Arbeitszeit nötig. Die Beschäftigung der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter mit der Verbesserung der Produktion und Wirtschaftsorganisation genügt vollaus, das durch die Reparationsleistung bedingte Mehr an Werten aufzubringen.

Deutsche Preisunterbietung im Ausland

Die Frühjahrsmessen in Frankfurt, Köln und besonders in Leipzig, wo sich Angebot und Nachfrage eines riesigen Wirtschaftsgebietes schneiden und ausgleichen, zeigten, daß die Waren für den ausländischen Abnehmer viel zu teuer waren. So lagen zum Beispiel in Leipzig Leberwaren bis 30 und die Erzeugnisse der bergischen Stahlwaren- und Kleinfabrikindustrie bis zu 50 und mehr Hunderteile über den Weltmarktpreisen. Die wichtigsten holländischen und amerikanischen Einkäufer, in deren Hände seit dem deutschen Währungszerfall die Ausfuhr nach Übersee zum Teil übergegangen ist, deckten sich nicht in Deutschland, sondern in Prag und Paris ein. Die im ersten Halbjahr für Deutschland gefunkten und für Frankreich gestiegenen Ausfuhrziffern beweisen das.

Seitdem hat sich das Bild durchaus geändert. Treffend gezeichnet wird die veränderte Lage, um bei dem Eisen zu bleiben, durch jenen viel Aufsehen erregenden Auftrag der englischen Stadt Hull über 1500 Tonnen Straßenbahnschienen, der zum Preis von 15 000 Pfund nach festigem Wettbewerb an Deutschland fiel. Die englischen Forderungen lauteten auf 18 000 £. Ganz plammäßig tritt eine Preisunterbietung durch Zweige der deutschen Industrie zutage, die sich in ihren Anfängen bereits vor Monaten bemerkbar machte, als deutsche Textil- und Schuhfirmen ihre Waren in England unter deutschem und englischem Preis absetzten. Stabeisen und Schienen wurden bereits im Juli in New York 18 v. H. unter dortigem Preis angeboten.

Die so im Ausland erzielten Preise werden von den deutschen Unternehmern, besonders von der westdeutschen schweren Eisenindustrie als Verlustpreise bezeichnet. In vielen Fällen mag das zutreffen. Wir haben es also mit einem Verkauf unter Weltmarkts- und Gestehungspreis zu tun, den man gemeinhin als Dumping bezeichnet. Es ist ein bekanntes Mittel kapitalistischer Wirtschaftspolitik zur Eroberung und Behauptung der Absatzmärkte. Die Anwendung dieses Mittels geht immer auf Kosten des Verbrauchers, bzw. der Arbeiter des Landes, das seine Waren auf Grund größter Billigkeit absetzen will. Deshalb geht uns die Frage sehr an, wie das deutsche Unternehmertum seine ausländischen Verlustpreise ausgleicht und wer den Unterschied zwischen dem deutschen Auslands- und dem Weltmarktspreis bezahlen soll und bezahlt. Das einfachste Mittel, den Verlust abzuwälzen, ist der geringere Lohn. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die niedrigen deutschen Löhne die Preisunterbietung vielfach ermöglichen. Wir berufen uns da auf die Aussagen der Sachverständigen vor dem Ausschuss des Reichswirtschaftsrates zur Untersuchung der Verhältnisse in der Textilindustrie. Danach hat sich der Anteil des Lohnes am Fabrikpreis von 1913 bis heute wie folgt verändert: In der Färberei von 36,9 auf 27 v. H., in der Seidenfärberei von 30 auf 22,8 v. H., in der Herrenkonfektion von 18,3 auf 15 v. H., in der Baumwollspinnerei von 63 auf 42,7 v. H. und in der Seidenfabrikation von 29 auf 19,8 v. H. Durchweg liegt also eine Verringerung des Lohnanteils vor. In der Bauindustrie machten die Arbeitslöhne im Frieden 50 bis 60 v. H. der Bausumme aus, heute aber nur noch 25 bis 30 v. H. Auf Grund einer Zusammenstellung der

